

Protokoll

59. Sitzung (nicht öffentlich)

8. März 1989

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hegemann (CDU)

Stenographin: Hesse

Verhandlungspunkte und Beschluß:

- 1 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm - LEPro)

Drucksachen 10/3578 und 10/3671

Vorlagen 10/1970, 10/2063, 10/2065, 10/2066, 10/2069,
10/2070, 10/2071, 10/2079, 10/2082, 10/2090 und
10/2119Zuschriften 10/1451, 10/1806, 10/1876, 10/1929, 10/1955,
10/2145, 10/2177, 10/2269, 10/2270, 10/2300,
10/2306 bis 2315, 10/2329, 10/2375, 10/2377,
10/2393, 10/2398 und 10/2459

Der Ausschuß befaßt sich abschließend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms und empfiehlt mit Mehrheit dem Plenum des Landtags, diesen Entwurf in der sich unter Einbeziehung der in der Vorlage 10/2082 enthaltenen Änderungen ergebenden Fassung anzunehmen.

- 2 Verschiedenes

Siehe Diskussionsteil dieses Protokolls.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. April 1989,
auf der ENVITEC in Düsseldorf

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
59. Sitzung

08.03.1989
he-sz

Aus der Diskussion

1 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm - LEPro)

Drucksachen 10/3578 und 10/3671

Vorlagen 10/1970, 10/2063, 10/2065, 10/2066, 10/2069,
10/2070, 10/2071, 10/2079, 10/2082, 10/2090 und
10/2119

Zuschriften 10/1451, 10/1806, 10/1876, 10/1929, 10/1955,
10/2145, 10/2177, 10/2269, 10/2270, 10/2300,
10/2306 bis 2315, 10/2329, 10/2375, 10/2377,
10/2393, 10/2398 und 10/2459

Vorweg verweist der Vorsitzende auf die inzwischen vorliegenden Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse; die Voten des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen und des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz stünden noch aus, sollten aber in den Gesamtbericht dieses Ausschusses an das Plenum einbezogen werden.

Für die heutige Sitzung seien mit der Vorlage 10/2082 (+ Anlage) die Änderungsanträge der SPD-Fraktion eingegangen. Änderungsanträge der CDU- und der F.D.P.-Fraktion lägen nicht vor.

Zu dem vom Wirtschaftsausschuß mit der Vorlage 10/2069 mitgeteilten Beratungsergebnis erklärt Abg. Stüber (SPD), zwischenzeitlich habe die Landesregierung zu diesem - mit der Mehrheit der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossenen - Änderungsvorschlag Stellung genommen, auch unter rechtlicher Würdigung, und das hier zum Ausdruck gekommene Begehren der SPD sei hinfällig geworden.

Die Landesregierung habe deutlich gemacht, daß Prüfungsverfahren für solche Ansiedlungen wie etwa Triple Five ohne Änderung des geltenden Gesetzes möglich seien. Somit seien die Bedenken der SPD, ein derartiges Verfahren könnte blockiert werden, ausgeräumt.

Nichtsdestoweniger sei die Vorlage des Wirtschaftsausschusses nicht zurückgezogen worden, ergänzt Abg. Wendzinski (SPD), so daß sie in den Bericht einbezogen werden müsse.

Im übrigen sei der federführende Ausschuß frei in seiner Entscheidung, merkt Abg. Wessel (SPD) an, ob er die Anregungen der mitberatenden Ausschüsse übernehme oder nicht.